

## **Selbstverständnis:**

### **Runder Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen**

Der G7-Gipfel 1999 in Köln gab dem Impuls für einen bundesweiten Runden Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen. Die Initiativen und Gruppen der Erwerbslosen und Sozialhilfebeziehenden arbeiten zum Teil bereits seit Beginn der 80er Jahre miteinander zusammen. Im Februar 2000 trafen sich Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen auf Landes- und Bundesebene zur Gründung des Runden Tisches der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen. Am Runden Tisch sitzen der Arbeitslosenverband Deutschland (ALV) e.V., die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) e.V., die Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung, die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, zehn Landeskoordinationen von Erwerbslosengruppen und -initiativen (z. B. ZEPRA Niedersachsen, verdi - Landeserwerbslosenausschuss Hessen, Koordination saarländischer Arbeitsloseninitiativen, Erwerbslosenbeirat Mecklenburg-Vorpommern, Erwerbsloseninis aus Baden-Württemberg) und die bundesweite Arbeitslosenzeitung quer.

Arbeitsthemen seit dem Jahr 2000 waren:

- Vermittlungspraxis der Arbeitsämter, Lohnkostenzuschüsse zu Zeitarbeitsfirmen, Grundsatz und Erfahrungen der Leiharbeit,
- EU - Beschäftigungs- und Sozialpolitik einschließlich der Nationalen Aktionspläne gegen soziale Ausgrenzung,
- veränderte ABM-Förderung Ost wegen neuer Förderrichtlinien des Europäischen Sozialfonds,

Die Aufrufe zu Protesten ab 1.1.2002 gegen Sozialgesetze, Agenda 2010 und Leiharbeit mündeten in unserer Konferenz „Strategien gegen Armut und Ausgrenzung in Deutschland“ in Dresden im März 2002. Die Dresdner Erklärung leitete die Kampagne gegen die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ein und löste folgende Aktivitäten aus:

- Protestaktion „Hände weg von der Arbeitslosenhilfe“ bei der Schröder-Rede auf dem DGB-Kongress (Mai 2002)
- Flugblatt „Alle auf die Strasse gegen die Zerschlagung der Arbeitslosenhilfe“
- Aktionstag zum Tag der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen vom Vormonat (Juni 2002)
- Demo gegen Arbeitslosigkeit von DGB-Jugend/ attac (14. 9.2002) in Köln mit Kundgebung des Runden Tisch/ Ver.Di BEA
- Verständigung zur Kommission „Zur Modernisierung von Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Jan. 2003) und zu Entscheidungen der AG Soziales zur Gemeindefinanzreform (Mai 2003), Aufruf zur Demo gegen Hartz-Vorschläge (17. 5. 2003) Berlin,
- Pressekonferenz mit Labournet Germany und BdWi gegen die Agenda 2010 und für gemeinsamen Widerstand gegen die Privatisierung sozialer Errungenschaften (30.6.2003) Berlin.
- Initiative zu bundesweiter Demo (16.8. 2003) Hannover, Aufruf zur Demo (1.11.2003) Berlin, Unterstützung bzw. Durchführung der Aktionskonferenzen am 23.11., 30.11., 13.12.2003

2004 stand im Zeichen gemeinsamer Proteste gegen Hartz IV mit anderen Organisationen und Netzwerken, wie:

- Lokale und bundesweite Beteiligung am Aufbau von Aktionsbündnissen gegen Sozialkahltschlag, z.B. Vorbereitung bundesweiter Proteste gegen Sozialkahltschlag am 17./18.1.2004 (Aktionskonferenz mit attac/ DGB), Demos 3.4., 2./3.10., 6.11.2004, 3.1.2005
- Mitgründung von Netzwerken zu inhaltlichen Alternativen z.B. Flugblatt „Unsere Existenz ist bedroht“, Perspektivkongress-Workshop „Bedingungsloses Grundeinkommen“ (15.5.2004), Netzwerk Grundeinkommen (9.7.2004), Aufruf „Grundrechte gelten für alle!“ (Aug. 2004), KoKreis Montagsdemo (Aug. 2004)

Der Analyse der veränderten Kampfbedingungen, der Entwicklung eines längerfristigen politischen Widerstandes sowie der Diskussion eines inhaltlich-strategischen Programms widmen wir uns 2005. In diesem Sinne würdigt unser Impulspapier 2005 „*Weg mit Hartz IV: Für das Recht auf Existenzsicherung mit und ohne Arbeit!*“ die Anstrengungen der Erwerbslosenbewegung zum Erhalt selbsthilfeorientierter Beratungsangebote. Wir entfalten juristischen Widerstand, unterstützen alle Aktionen gegen Hartz IV wie öffentliche Skandalisierungen der „1-Euro-Jobs“, die Selbstorganisation von Erwerbslosen und prekär Beschäftigten und die ideologische Auseinandersetzung mit neoliberalen Ansichten. Wir wollen tragfähige Kooperationen mit anderen sozialen Strukturen „von unten“ durch gegenseitige Aufeinanderbezugnahme in politischer Analyse und Aktion aufbauen.